

Das Parteiprogramm

Die SVP des Kantons Schaffhausen auf einen Blick

Die Schaffhauser SVP spricht Klartext und fährt einen klaren, verlässlichen Kurs. Die von Ihnen gewählten Vertreter der SVP auf allen Stufen boten in der Vergangenheit Gewähr, dass sie ihre Versprechen konsequent umsetzten. Genauso werden sie es in Zukunft halten und sich am Erreichten messen lassen.

Unsere Standpunkte

- **Familie, Gesellschaft und Justiz**
- **Finanzhaushalt und Steuern**
- **Raumplanung und Bauten**
- **Energie-Versorgung und Entsorgung**

Familie, Gesellschaft und Justiz

Im Grundsatz

Mann und Frau sind gesellschaftlich und beruflich gleichgestellt. In Form der traditionellen Familie gründen sie das Fundament unserer Gesellschaft und sollen in den Genuss steuerlicher Entlastungen kommen. Für die Erziehung der Kinder sind die Eltern verantwortlich. Eine weitergehende staatliche Steuerung und Regulierung lehnt die SVP ab.

Viele Einwohner unseres Kantons fühlen sich durch die verwildernde Gesellschaft nicht mehr sicher. Gewalttaten, Einbrüche, Diebstähle, Drohungen und die hohe Ausländer- und Jugendkriminalität sind fast täglich zu beobachten. Viele Bürgerinnen und Bürger meiden gewisse Örtlichkeiten in unserer Stadt oder in den Gemeinden. Man fühlt sich nicht mehr sicher. Dagegen kämpft die SVP an.

Die SVP fordert gezielte Massnahmen:

1. Rechtsstaatlichkeit erhalten

Der Staat hat konsequent gegen etwa Strassen- und Drogenkriminalität und die grassierende Gewalt mit den dafür zur Verfügung stehenden Mitteln vorzugehen. Gefordert sind insbesondere:

- Justiz
- Polizei und Grenzschutz
- Zivilschutz

2. Straffung der Gerichtsorganisation

Die SVP fordert die Gerichte auf, für die Durchsetzung auch harter Strafen vor allem bei wiederholten Delikten besorgt zu sein. Das bedingt auch im Bereich der Strafverfolgung den Fokus auf die Gewaltproblematik zu legen. Der Strafrahmen ist auszunutzen. Eine abschreckende Wirkung wird nur mit wirkungsvollen Strafen erreicht. Bedingte Strafen und kleine Bussen sind der falsche Weg.

3. Erweiterte Massnahmen

Die Einführung von Rayonverboten, sowie die Wegweisung und Ausschaffung von ausländischen Gewalttätern sind wirkungsvolle Mittel, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Die SVP lehnt die Verharmlosung von Straftaten ab. Straftäter sind primär keine Opfer, sondern bleiben Täter und sind auch als solche zu behandeln.

Finanzhaushalt und Steuern

Im Grundsatz

Zum Attraktiveren des Standorts Schaffhausen wurde in der Vergangenheit schrittweise die Steuern gesenkt. Das Erreichte ist für den Standort Schaffhausen aber noch nicht befriedigend. Der interkantonale Vergleich zeigt, dass der Kantons Schaffhausen vor allem gegenüber seinen Nachbarkantonen noch aufholen muss. Insbesondere bei der Vermögenssteuer und beim Mittelstand besteht ein dringender Handlungsbedarf.

Die SVP fordert gezielte Massnahmen:

1. Unternehmenssteuern senken

Mit Steuergesetzesrevisionen sollen bestehende Unternehmen dem Kanton erhalten bleiben und neue Unternehmen angesiedelt werden. Damit werden auch neue Arbeitsplätze geschaffen.

Als ambitioniertes, aber realistisches Ziel gilt: Der Kanton Schaffhausen gehört in der Unternehmenssteuerrangliste zu den Top 3 der Schweiz (SH ist jüngst von Platz 4 auf 7 abgerutscht).

2. Vermögenssteuerbelastung halbieren.

Neue gute Steuerzahler meiden den Kanton Schaffhausen insbesondere aufgrund der hohen Vermögenssteuerlast. Die Vermögenssteuer hat drastisch reduziert zu werden. Davon profitieren nicht nur reiche Steuerzahler, sondern etwa auch Grund- und Hauseigentümer oder all jene, die sich etwas auf die Seite gelegt haben!

3. Familie stärken

Die Familie bildet nach wie vor die Grundlage unserer Gesellschaft. Familien verdienen den besonderen Schutz und die Anerkennung des Staates und der Gesellschaft. Die Eltern tragen die Verantwortung für die Erziehung und Entwicklung ihrer Kinder. Dabei lernt das Kind gegenseitige Hilfe und Rücksichtnahme sowie die Fähigkeit, Konflikte auszutragen. Staatlich subventionierte Krippen für Reiche und Faule sind unsinnig. Für Familien sind nach Möglichkeit selbst bezahlte Betreuungsplätze zu schaffen. Die SVP setzt sich für steuerliche Erleichterungen zugunsten der Familien ein, wehrt sich aber gegen Subventionen mit der Giesskanne.

4. Alleinstehende nicht diskriminieren

Fast die Hälfte der Haushalte im Kanton sind Einpersonenhaushalte. Der Staat darf nach Ansicht der SVP auch die Alleinstehenden weder diskriminieren, noch ungebührlich zur Kasse bitten. Vielmehr leisten auch Alleinstehende und Einzelhaushalte ihren Beitrag an die Gemeinschaft, da sie die Infrastrukturen für Familien, Kinder und Ausbildung mitfinanzieren, ohne direkt davon zu profitieren.

5. Rahmenbedingungen

Die SVP begrüsst ein kontinuierliches und gesundes Wachstum der Wirtschaft und der Kantonsbevölkerung. Sie fordert, dass vernünftige und auf die Eigenverantwortung des Einzelnen fokussierende Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und für die Privaten geschaffen werden. Moderner Wohnraum und attraktiven Verkehrsverbindungen für den Individual- und öffentlichen Verkehr sind hier nur Stichworte.

6. Staatsausgaben

Der Staat hat haushälterisch mit seinen Mitteln umzugehen. Er hat sich nur den staatlichen Kernaufgaben zu widmen. Staatliche Luxusprojekte, unnötige Subventionierungen und ineffizient eingesetzte Mittel sind zu vermeiden.

Raumplanung und Bauten

Im Grundsatz:

Die SVP steht ein für eine umweltverträgliche Ressourcennutzung in der kommunalen und kantonalen Raumplanung. Eine Verdichtung von bestehenden Bauzonen ist einer Erschliessung von neuen Bauzonen vorzuziehen. Vorschriften und Bewilligungen sind auf das Notwendige mit vernünftigen Sicherheits- und Brandschutzvorschriften zu beschränken. Kommunale Bauordnungen sind mit den kantonalen Bauvorschriften zu vereinheitlichen.

Die SVP fordert gezielte Massnahmen:

1. Weniger Bürokratie im Planungs- und Baurecht

Eine sinnvolle Raumplanung soll die Trennung von Siedlungs- und Nichtsiedlungsgebieten sicherstellen. Dabei muss der Grundsatz gelten, einerseits Bauland ökonomisch zu nutzen, andererseits Kulturland, Wald und Erholungsgebiete zu schützen. Die SVP setzt sich für ein Raumplanungs- und Bodenrecht ein, dass eine langfristige verlässliche Rahmenordnung bildet und das private Eigentum respektiert. Die SVP bekämpft bürokratische Eingriffe, die jede Nutzung bis ins Detail vorschreiben und keinen Raum für individuelle Bedürfnisse und Wettbewerbsverhältnisse zulassen. Das vorhandene Baugebiet und die bestehende Bausubstanz muss effizient genutzt werden können. Die SVP verlangt eine Straffung und Vereinfachung von Bewilligungs- und Rechtsmittelverfahren. Nur so können unnötige Kosten vermieden und Standortnachteile abgebaut werden.

2. Erweiterte Massnahmen

Die SVP fordert etwa:

- Ablehnung von Beschränkungen, welche über das eidgenössische Raumplanungsgesetz (RPG) hinausgehen, z.B.: wie Schutzzonen, Schutzüberlagerungen usw..
- Ein zentralistisches, wenig nachhaltiges Planungsrecht auf Kosten kleiner Gemeinden ist abzulehnen.
- Wir widersetzen uns dem zwanghaften Drang, im Planungsprozess ständig alles verändern zu müssen.
- Ein liberales Planungs- und Baurecht, welches sich reduziert auf das Notwendige und das Wichtigste beschränkt.
- Der Wirtschafts- und Entwicklungsachse Beringen-Neuhausen-Schaffhausen-Thayngen-Stein am Rhein ist Priorität und Beachtung einzuräumen. Mit den bestehenden Möglichkeiten sollen auch kleinere Gemeinden in ihrer Entwicklung weiter wirtschaftlich unterstützt und gefördert werden.
- Sorgfältige Beschaffung von Bauland bei Umzonungen an attraktiven Wohnlagen.
- Kein übermässiger Eingriff des Staates in die Eigentumsrechte der Grundeigentümer.
- Erschliessungen sind als Vorleistungen durch die öffentliche Hand zu leisten.
- Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ist lokalen Unternehmen Priorität einzuräumen. Firmen mit Steuersitz im Kanton Schaffhausen und solche, welche Lehrlinge ausbilden, sind bevorzugt zu behandeln.
- Mehr Handlungsspielraum, weniger Formalismus, Behinderungen und Hindernisse bei Sanierungen und Neubauten.
- Auflösung der Kantonalen Natur- und Heimatschutzkommission (KNHK).
- Die Anliegen der Bevölkerung höher gewichten als Forderungen von Organisationen und Kommissionen.
- Brachgelegte oder Schutz- / und Kernzonen der sinnvollen Nutzung freigeben.

Energie-Versorgung und -Entsorgung

Grundsatz:

Die SVP steht ein für eine sichere und günstige Energieversorgung ein. Eine ausreichende Energieversorgung ist für unseren Wohlstand unumgänglich. Mit der andauernden Zunahme des Stromverbrauchs unserer Bevölkerung ist eine Energieversorgung ohne neue zusätzliche Energiequellen voraussichtlich ab dem Jahr 2020 nicht mehr gewährleistet. Eine sichere und günstige Stromversorgung für Bevölkerung sowie für die Wirtschaft war stets ein Standortvorteil der Schweiz und so sollte es auch bleiben.

Die SVP fordert gezielte Massnahmen:

1. Günstiger Strom für alle

Genügend preiswerte Elektrizität ist ein wichtiger Schlüssel für Wachstum und Wohlstand. Die SVP lehnt deshalb neue oder höhere Abgaben und Gebühren, welche die Stromproduktion verteuern, ab. Subventionen oder andere staatliche Eingriffe, die dazu dienen, einzelne Produktionsarten zu bevorzugen, lehnen wir ab.

2. Ausbau der inländischen Stromproduktion > mehr Sicherheit, weniger Abhängigkeit

Gesteigerte Energieeffizienz sowie Sparmassnahmen reichen nicht aus, um den zukünftigen Strombedarf zu decken. Die steigende Nachfrage ist durch den verstärkten Ausbau der inländischen Produktion zu befriedigen. Die Idee zusätzlicher Stromimporte ist aufgrund fehlender Netzkapazität und insbesondere einer gefährlichen Abhängigkeit vom Ausland und den internationalen Marktpreisen klar abzulehnen. Der notwendige Ausbau und Unterhalt des Stromnetzes ist zu gewährleisten. Die entsprechenden Bewilligungsverfahren sind zu vereinfachen und zu straffen.

3. Ersatz bestehender Kernkraftwerke ermöglichen

Es sind umgehend zwei neue Kernkraftwerke an den bisherigen Standorten zu planen und zu bauen, um die bestehenden Anlagen am Ende ihrer Lebensdauer zu ersetzen. Falls die Energieversorgungsunternehmen die Projekte nicht vorantreiben, haben Bundesrat und Parlament für einen Bau zu sorgen.

4. Erneuerbare Energien werden zunehmend wichtiger

Erneuerbare Energien (Solar-, Wind- und Biomasseenergie) sollen in Zukunft zur besseren Diversifikation des Schweizer Strommix beitragen. Ihre Produktion und ihr Anteil an der Versorgung mit Strom sind jedoch begrenzt und können die steigende Nachfrage nach inländischem Strom bei Weitem nicht decken. Die Energieträger haben sich auf dem Markt ohne weitere staatliche Stützungsmaßnahmen durchzusetzen. Forschung und Realisierung solcher Projekte von privater Seite sind zu begrüßen. Der Ausbau der zukünftigen Stromproduktion hat sich an den Prinzipien Wirtschaftlichkeit, Unabhängigkeit und Umweltfreundlichkeit zu orientieren.

5. Auf bewährten Strommix setzen

Aufgrund seiner hervorragenden Eigenschaften bei den Faktoren Preis, Verfügbarkeit, Unabhängigkeit und Umweltfreundlichkeit bleibt der Strommix aus Wasserkraft und Kernkraft auch in Zukunft die tragende Säule unserer Versorgung. Initiativen, Vorstösse sowie Abgaben und Gebühren die dazu dienen, die Rahmenbedingungen dieser Energieträger zu verschlechtern, werden von der SVP abgelehnt und bekämpft.

Fazit für Kanton SH:

1. Sinnvolle, effiziente Versorgung mit umweltverträglicher Energie hat Priorität gegenüber den Wünschen des Heimatschutzes.
2. Das Potenzial der Energieträger Wasser und Holz sind im Rahmen der Wirtschaftlichkeit gezielt zu forcieren.
3. Zur besseren Nutzung der Erdwärme sind Vorleistungen für Gemeinschaftsanlagen zu erbringen.
4. Bei Wind- und Solarenergie sind Offshore-Beteiligungen eine zu prüfende Option.
5. Bei der geologischen Tiefenlagerung ist die Strategie der Regierung zu unterstützen (Widerstand, gemeinsam mit Verbündeten, um für allfälligen Standort Südranden/Benken – möglichst hohen Preis zu erzielen)

Weitere Standpunkte:

- **Bürger und Staat**

Wir brauchen mündige Bürgerinnen und Bürger welche die Verantwortung in unserem Kanton und Land mittragen. Der ständigen und schleichenden Anpassung an fremdes Recht treten wir entgegen.

- **Aussenpolitik**

Die Aussenpolitik ist auch Wirtschaftspolitik. Die eigene Souveränität hat höchste Priorität und ist mit allen Mitteln zu bewahren. Einen EU-Beitritt lehnen wir ab. Das EU-Beitritts-gesuch soll zurückgezogen werden.

- **Wirtschaft**

Unsere Volkswirtschaft mit allen unseren Unternehmungen KMU/GMU sind innerhalb unseres Kantons auf gute und steuerlich günstige Standortbedingungen angewiesen. Zur Wertsteigerung ist der Vorschriften-dschungel zu lichten.

- **Armee**

Statt von der souveränen Landesverteidigung abzurücken und Sicherheitskooperationen mit den Mächti-gen zu suchen, brauchen wir ein realistisches, kritisches Bewusstsein für die neuen Bedrohungsformen. Notwendig sind das Bilden von Schwerpunkten, die Dezentralisierung, das Delegieren der Verantwortung nach unten, Flexibilität und Handlungsfähigkeit auch in Krisensituationen. Den Bedrohungen von heute begegnet die Schweiz, indem sie möglichst viele Wehrmänner gut ausbildet und trainiert, sie aber nur im Ernstfall unter die Waffen ruft.

- **Asylpolitik**

Insbesondere Dank der SVP ist im Jahr 2006 das Asyl- und Ausländergesetz mit fast 70 Prozent Zu-stimmung vom Volk angenommen worden. Dies markiert einen Wendepunkt in der Schweizer Asylpoli-tikDie Mehrzahl der Asylbewerber sind keine echten Flüchtlinge, sondern Wirtschaftsflüchtlinge. Viele strapazieren die Sozialhilfe, viele sind in kriminelle Umtriebe wie Drogenhandel oder Schleppergeschäfte verwickelt. Die Asylgesuche sind seit 2002 Jahr um Jahr kontinuierlich zurückgegangen. Dies verdanken wir griffigeren Massnahmen gegen den Asylmissbrauch, verkürzten Verfahren sowie dem Sozialhilfe-stopp für Personen mit einem Nichteintretens entscheid.

- **Bildung und Forschung**

In keinem andern Bereich konnten sich die linken Ideologen in der Vergangenheit so verwirklichen wie in den Schulen. Ihr Erziehungsprinzip heisst keine klare Grenzen mehr, keine Leistungsbereitschaft, Diszi-plinlosigkeit. So kamen die Grundlagen abhanden, um überhaupt konzentriert arbeiten zu können. Lais-sez-faire wurde gepaart mit Diffamierung von Leistung und Erfolg. Diese Lehr- und Lernmethoden sind folgenschwer gescheitert. Es ist wieder zu alten Tugenden zurückzukehren.

Erwachsenenbildung ist grundsätzlich Sache des Einzelnen und nicht Sache des Staates. Die ständige, eigenverantwortliche Weiterbildung zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit sollte wenn immer möglich im Arbeitsprozess geschehen, nicht erst bei Eintritt der Arbeitslosigkeit. Anstrengungen und Aufwendungen der Weiterbildung sind steuerlich zu begünstigen.

- **Umwelt**

Die Wähler der SVP sind seit je keine Umweltschwätzer, sondern engagieren sich aktiv für unsere natürli-chen Lebensgrundlagen. Die SVP kennt darum die Bedeutung der Pflege des ländlichen Raums. Bauern-familien bewirtschaften seit Generationen den Boden und haben schon darum alles Interesse, mit ihrer Lebensgrundlage sorgsam umzugehen. Es waren und sind die Anhänger der SVP, die sich gewerblich oder industriell sinnvoll für unsere Umwelt einsetzen: Sei es in der Abwasserreinigung, in der Entsorgung und Deponierung von Abfällen, im umweltgerechten Transportwesen. Dabei setzen sie nicht auf Verbote, Verhinderung und Verteuerung, sondern auf Vernunft, Konsumentenbedürfnisse, Marktwirtschaft und technische Neuerungen.

- Land- und Forstwirtschaft

Im internationalen Vergleich nutzen unsere Bauern ihren Boden ökologisch und nachhaltig. Doch durch den Druck der Globalisierung und Marktöffnung spitzt sich die Situation weiter zu. Schlimmstenfalls ist die Schweiz durch die WTO-Verhandlungen von einem Zollabbau von drei Milliarden Franken betroffen. Mit Umsetzung der Agrarpolitik 2011 wird der Bruttoertrag – die Summe aller Einkünfte im landwirtschaftlichen Erwerb – für die Schaffhauser Bauern um 25 Prozent sinken. Es bleiben nur folgende vier Möglichkeiten: Vergrössern, Spezialisieren, Nebenerwerb oder Ausstieg. Die SVP verlangt eine neue Landwirtschaftspolitik, die den Bauern das Überleben, den Konsumenten die einheimische, gesunde Nahrung und der Landschaft die Pflege sichert.

- Sozialwerke

Wer aus geistigen oder körperlichen Gründen nicht für sich selber sorgen kann, hat Anrecht auf staatliche Hilfe. Wer lebenslang gearbeitet und bezahlt hat, soll im Krankheitsfall betreut und im Alter versorgt werden. Der rasant zunehmende Sozialmissbrauch gefährdet aber zunehmend unsere soziale Sicherheit. Noch nie wurde so viel Geld für den Bereich „Soziales“ aufgewendet, noch nie waren gleichzeitig so viele Leute von der Sozialhilfe abhängig. Statt die Probleme zu lösen, schafft man ständig neue Angebote und damit auch neue Bedürfnisse. Es darf nicht sein, dass wer noch ehrlich arbeitet und seine Lohnabzüge brav bezahlt, sich von der Gesellschaft ausgenutzt und dumm vorkommt. Gegen diese Tendenzen ist anzukämpfen, als sonst der Sozialstaat als Ganzes in Frage gestellt werden muss.

- Gesundheit

Seit das neue Krankenversicherungsgesetz (KVG) gegen den Willen der SVP eingeführt wurde, sind die Prämien um fast 70 Prozent angestiegen. Die Gesundheitskosten explodieren. Das jährliche Defizit der öffentlichen Spitäler überschreitet demnächst die Milliardengrenze. Der Anteil des Einkommens, den die Bevölkerung für das Gesundheitswesen ausgibt, ist für viele unbezahlbar geworden. Über ein Drittel der Einwohner bezieht staatlicher Prämienverbilligung. Das Problem scheint, dass kaum einer der Beteiligten am „Gesundheitsmarkt“ wirklich sparen will: weder die Patienten noch die Ärzte, weder die Spitäler noch die Medizinalfirmen, weder die Krankenkassen noch die Pharmaindustrie. Hier besteht Handlungsbedarf.

- Verkehr

Funktionsfähige Verkehrswege sind die Grundlage für Wohlstand, Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung. Mit dem weiteren Bevölkerungszuwachs, nicht nur in unserem Kanton sind wir auf gute und schnelle Verkehrsverbindungen angewiesen. Insbesondere ist den Durchgangssachen im Klettgau sowie nach Deutschland grosse Beachtung zu schenken. Die SVP setzt sich ein für die freie Wahl der Verkehrsmittel, und sie wehrt sich gegen das gegenseitige Ausspielen der unterschiedlichen Verkehrsträger.

- Kultur

Staatlich betriebene Kulturpolitik führt dazu, dass die politischen Entscheidungsträger jene Kultur gezielt unterstützen, die ihnen persönlich entspricht. In den öffentlichen Kulturstiftungen und Vergabekommissionen von Förderpreisen vornehmlich die Linken installiert. Es soll immer mehr Geld ausgegeben werden. Künstler werden so schleichend abhängig vom Staat und dessen Protagonisten. Dieses Vorgehen schadet dem Staat finanziell und die Kulturschaffenden verlieren ihre Freiheiten. Die SVP fordert darum: Weniger Kulturfilz!

- Sport und Freizeit

Sportliche Aktivitäten verschaffen dem Menschen körperliches und geistiges Wohlbefinden und erhalten seine Leistungsbereitschaft. Die SVP unterstützt die Aktivitäten im Bereich Spitzensport ebenso wie den Breiten-, Schul- und Behindertensport. Ganz besonders die freiwillige, ehrenamtliche Tätigkeit in Sportvereinen ist dabei zu würdigen und anzuerkennen. Die Rahmenbedingungen für Sportvereine sind etwa durch unbürokratische, kostengünstige Nutzungsmöglichkeiten öffentlicher Infrastrukturen zu verbessern.

- Mensch, Familie und Gemeinschaft

Die Einwohner unseres Kantons sollen eine ihrer Situation und ihren Wünschen entsprechende Lebensform und Arbeitsteilung anstreben, bei der alle – und vor allem auch die Kinder – nicht zu kurz kommen. Männer und Frauen sollen sich miteinander, nicht gegeneinander engagieren. Nicht das Geschlecht, sondern einzig die Eignung soll darüber entscheiden, wer welches Amt bekleidet. Die SVP befürwortet gleiche Rechte und gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit von Mann und Frau. Diesem Ziel dienen weder staatliche Gleichstellungsbüros, noch sonstige bürokratische Regelungen oder gar ein „Kampf der Geschlechter“. Zweckmässig sind allein das eigenverantwortliche partnerschaftliche Engagement in Familie, Beruf und Politik.

- Religionen

Die SVP bekennt sich zur abendländisch-christlichen Kultur der Schweiz. Nicht ohne Grund trägt unser Land ein Kreuz im Wappen. Aufgabe der Kirchen ist es, den Menschen durch Verkündigung und Seelsorge Halt und echte Lebenshilfe zu bieten. Sowenig Politiker von den Kanzeln predigen sollen, sollen Prediger von den Kanzeln politisieren. Die SVP lehnt einseitige, linksideologische Stellungnahmen von Kirchenfunktionären ab, denn sie spalten damit unsere Volkskirchen. Auch widerspricht eine gleichmacherische, sozialistische Weltsicht der christlichen Botschaft, die der freien Entfaltung des einzelnen Individuums eine grosse Bedeutung zumisst.